

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektland: Peru

Datum: 17. März 2016

Die Suche nach dem kleineren Übel

Vier Wochen vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Peru

Am 10. April 2016 werden die Peruaner zu den Wahlen gerufen. Es herrscht Wahlpflicht im Land und wer seiner Pflicht nicht nachkommt, dessen Personalausweis wird blockiert, bis er eine Strafgebühr bei der Wahlkommission gezahlt hat.

Was sich anhört wie eine Erziehungsmaßnahme in Sachen Demokratie, wird von nicht wenigen nur teilweise scherzhaft umgemünzt in die Behauptung, dass bei einer freiwilligen Stimmabgabe wohl kaum jemand zur Wahl gehen würde, und das nicht, weil es keine Auswahl gebe (19 Kandidaten hatten sich allein für die Präsidentschaftswahlen eingetragen), sondern weil keiner der zur Wahl stehenden Männer und Frauen die Wähler wirklich überzeugen könne. In dieser Hinsicht findet in Peru kein Wettbewerb darüber statt, wer der am besten geeignete Kandidat für das Präsidentenamt wäre. Vielmehr überlegt sich der peruanische Wähler, wer denn das kleinere Übel sei und wählt in der Tendenz eher taktisch und nicht aus Überzeugung.

Im Windschatten der Präsidentschaftswahlen finden darüber hinaus auch Wahlen zum Kongress, dem peruanischen Einkammerparlament, und zum Andenparlament statt. Der Kongress hat in der Bevölkerung einen schlechten Ruf: Er gilt als ineffizient, korrupt, langsam und wenig professionell in seiner Arbeit. Nur knapp 10 Prozent der Bevölkerung haben einen guten Eindruck von der Arbeit des Parlaments.

Von einem „Festtag der Demokratie“ wird am 10. April also kaum jemand sprechen wollen. Dabei hätte das Land in der Tat etwas zu feiern: Die Peruaner werden die vierte aufeinander folgende demokratische Regierung wählen. Das ist neu für das Land, das bis Ende der 90er Jahre stets zwischen autokratischen und demokratischen Regimen hin und her pendelte. Dieser Rekord gerät aber in Vergessenheit über einen Wahlprozess, der sich bisher durch die Anhäufung von Skandalen und Skandälchen sowie den Ausschluss von wichtigen (im Sinne von in Umfragen gut platzierten) Kandidaten inmitten der heißen Phase des Wahlkampfes von sich reden machte.

Von der peruanischen Realität vier Wochen vor den Wahlen konnten sich der Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, Dr. Peter Witterauf, und Dr. Susanne

Luther, die Leiterin der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit der HSS, bei einer Besuchsreise nach Peru selbst überzeugen.

Bei Gesprächen und Zusammentreffen mit wichtigen Amts- und Mandatsträgern, wie Luis Iberico, dem Präsidenten des peruanischen Kongresses und seinen Stellvertretern, Luis Galarreta und Mariano Portugal, wurde sehr deutlich, dass sich große Teile der politischen Elite des Landes relativ einig in der Problemanalyse sind: In Peru sind die demokratischen Institutionen und Organisationen immer noch schwach. Ihre Durchsetzungskraft ist an vielen Stellen mangelhaft. Das betrifft sowohl staatliche Institutionen wie das Parlament, als auch andere Organisationen oder Gruppen, wie zum Beispiel die politischen Parteien. Die stellvertretende Bürgermeisterin von Lima, Patricia Juarez, betonte die Notwendigkeit einer Vertiefung und einer intensiven Begleitung von Dezentralisationsprozessen, um staatliche Institutionen in den abgelegenen Regionen des Landes in die Lage zu versetzen, verantwortlich, informiert und lösungsorientiert arbeiten zu können.

Wie ein roter Faden zieht sich das Thema der schwachen Institutionen durch die Deutungen und Erklärungen über die Situation des Landes zu Beginn des Jahres 2016. Auch wenn die Wirtschaft trotz einer Delle im vergangenen Jahr im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern mit einem Wachstum von knapp über 3 Prozent recht gut dasteht, fühlen sich die meisten Peruaner verunsichert und trauen dem eigenen Staat und auch der politischen Klasse kaum zu, die Probleme des Landes zu lösen.

Institutionell schwach aufgestellt ist auch der Justizsektor. Bei dem Besuch eines Fortbildungsseminars in Cusco mit dem Partner „Instituto de Defensa Legal“ wurde diese Problematik den Besuchern aus Deutschland deutlich: Nicht nur die indigene Bevölkerung braucht Unterstützung und Wissensvermittlung, um ihre Rechte durchsetzen zu können. Die Seminarreihe beginnt mit der Vermittlung von Basiswissen: Kaum jemandem ist bekannt, dass Artikel 89 der peruanischen Verfassung indigenen Gemeinschaften eine eigene Rechtspersönlichkeit zusichert. Und auch das Wissen um den Wert der eigenen – indigenen – Kultur steht im Fokus der ersten Schulungen.

Doch nicht nur indigene Gemeinden werden fortgebildet: Teilweise muss in abgelegenen Regionen des Landes auch der staatliche Justizapparat geschult werden, damit belastbare und rechtlich einwandfreie Entscheidungen im Themenkomplex der Rechte indigener Völker getroffen werden können.

Aus diesem sehr komplexen Gesamtpanorama ergibt sich das Projektprofil der Hanns-Seidel-Stiftung in Peru. Es geht prinzipiell darum, demokratische Institutionen zu fördern und zu stärken. Das tut die HSS durch ihre Kooperation mit dem peruanischen Kongress, mit ihrem Programm zur politischen Nachwuchsförderung und damit zur besseren Institutionalisierung der Parteien sowie durch das Informations- und Fortbildungsprogramm zum Themenfeld der indigenen Rechte und deren Umsetzung.

Egal, wer am 10. April bei den Wahlen (und nach der so gut wie sicheren Stichwahl Anfang Juni) die Nase vorn haben wird, auf den neuen Präsidenten und seine Regierung warten eine Menge Herausforderungen. Die Stärkung der staatlichen Institutionen sollte eine der Hauptaufgaben der Regierung sein, um langsam aber sicher den Teufelskreis des mangelnden Vertrauens zu durchbrechen und neben einer

positiven Wirtschaftsentwicklung ein prosperierendes demokratisches Staatswesen sicherzustellen.

Autor: Henning Senger

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Lima, Peru.

IMPRESSUM

Erstellt: 17. März 2016

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2016

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de